

Eckpunkteplan
zum Grundsatzprogramm der WerteUnion
Landesverband Thüringen



WERTEUNION

Inhalt

Die 18 Schwerpunktthemen	3
1. Verfassung, Recht und Volksabstimmungen	3
2. Medien und Meinungsfreiheit	3
3. Familie und Erziehung	3
4. Ausländer und Asylrecht	3
5. Innere Sicherheit	4
6. Soziale Marktwirtschaft, Wirtschaft und Sozialpolitik	4
7. Finanz- und Steuerpolitik	4
8. Energie und Umweltpolitik	4
9. Ernährungssicherheit, Land- und Forstwirtschaft	5
10. Wissenschaftsfreiheit	5
11. Medizinische Gesundheit, Versorgung und Pflegebedürftige, Corona-Aufarbeitung	5
12. Schule und Bildung	6
13. Mobilitätspolitik	6
14. Europa- und Außenpolitik	6
15. Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, Bundeswehr	6
16. Digitalisierung	6
17. Kommunalpolitik	7
18. Das politische Mandat	7

Die 18 Schwerpunktthemen

1. Verfassung, Recht und Volksabstimmungen

Die WerteUnion ist eine liberal-konservative Partei. Wir stehen für die Unantastbarkeit der Würde jedes Menschen, den besonderen Schutz des Lebens, die Selbstbestimmtheit des Einzelnen und die Verantwortung für den Dienst am Allgemeinwohl. Oberste Maxime ist für uns die Stärkung der freiheitlichen Demokratie. Wir fordern eine klare Gewaltenteilung. Das bedeutet Trennung von Parlament und Regierung sowie die Unabhängigkeit der Justiz und der Staatsanwaltschaften von politischen Eingriffen. Wir fordern eine demokratische Kontrolle und Beschränkung der Macht der Parteien durch Politikerhaftung, Volksbegehren, Volksentscheide und die Stärkung der Direktmandate.

2. Medien und Meinungsfreiheit

Die WerteUnion fordert parteipolitisch unabhängige, öffentlich-rechtliche Medien. Wir lehnen jede Form der Zensur ab. Der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk muss in der bestehenden Form abgeschafft und im Rahmen der gesetzlich verankerten, werbefreien Grundversorgung neu aufgesetzt und ohne Zwangsgebühren finanziert werden. Die WerteUnion lehnt jede Form von Zensur ab, wie z.B. das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, den Ausschluss aus sozialen Netzwerken (Deplatforming) und Cancel Culture. Die Grenzen des Sagbaren ziehen allein das Grundgesetz und das Strafgesetzbuch. Neue Gesetze und Regelungen müssen von allen Vorschriften befreit werden, die zur Einschränkung der Meinungsfreiheit führen.

3. Familie und Erziehung

Die WerteUnion steht für die Unantastbarkeit der Würde jedes Menschen ein. Der Schutz der Familie hat den höchsten Stellenwert. Das Erziehungsrecht haben die Eltern, nicht der Staat. Wir lehnen jede Sexualisierung von Kindern, namentlich die kindliche Frühsexualisierung sowie Gender- sowie Transgenderideologie und -erziehung ab. Kinder sind in besonderer Weise schützenswert. Wir stehen für eine ressortübergreifende wertschätzende Familienpolitik, welche die Entscheidung für Kinder fördert, zum Beispiel durch den Ausbau des Elterngelds, finanzielle Formen der Anerkennung und Steuervorteilen für die Elternzeit.

4. Ausländer und Asylrecht

Das Asylrecht wird nur als Schutzrecht für tatsächlich politisch Verfolgte wiederhergestellt. In Deutschland sind Ausländer willkommen, wenn sie unsere Gesetze respektieren und bereit sind, sich in Deutschland einzugliedern und unsere Werte, das Grundgesetz und die Thüringer Verfassung anzuerkennen. Die millionenfache Ansiedlung von Ausländern unter ideologisch motivierter Aufweichung des Asylrechts wird beendet. Parallelgesellschaften, welche deutsches Recht missachten, werden nicht geduldet. Die Zuwanderung von Arbeitskräften wird begrüßt, wenn sie für die deutsche Wirtschaft erforderlich sind. Eine Einwanderung in unsere Sozialsysteme ist zu unterbinden.

5. Innere Sicherheit

Die innere Sicherheit ist verfassungsrechtliche Verpflichtung und Kernaufgabe des Staates. Die WerteUnion wird den Verfassungsauftrag ganzheitlich umsetzen und nachdrücklich alle Formen der Kriminalität, sowie Extremismus, Terrorismus, Islamismus und Antisemitismus wirksam bekämpfen. Die Sicherheitsbehörden und die Justiz brauchen dafür geeignete Strukturen und die notwendigen Befugnisse. Die unabhängige Justiz, Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste sowie Katastrophenschutz werden gestärkt und zukunftsfähig gemacht. Der Zivilschutz ist neu zu organisieren. Der Verfassungsschutz hat die verfassungsmäßige Ordnung zu schützen. Versuchen, ihn als Regierungsschutz zu missbrauchen, treten wir entschieden entgegen. Für Naturkatastrophen sind Sonderfonds des Landes oder des Bundes für die Entschädigung der betroffenen Bürger einzurichten.

6. Soziale Marktwirtschaft, Wirtschaft und Sozialpolitik

Die soziale Marktwirtschaft ist die Grundlage unserer Wirtschaftspolitik. Wir wollen eine aktive Wettbewerbspolitik. Unser Ziel dafür ist ein schlanker und leistungsfähiger Staat. Wir stehen für den Schutz unserer heimischen Wirtschaft vor übergriffigen EU-Richtlinien und deren Bürokratie. Planwirtschaftliche, staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, auch durch falsche Förderpolitik, werden unterbunden.

Wir fordern die Beendigung der Fremdsteuerung der Wirtschaftspolitik durch staatlich alimentierte, sogenannte „Nichtregierungsorganisationen“, z. B. bei der „Energiewende“ und im Naturschutz. Die WerteUnion steht für die Förderung der Schaffung von Wohneigentum und Abschaffung des Gebäudeenergiegesetzes und ähnlicher enteignungsgleicher Regelungen. Sozialschwachen und Rentnern steht eine auskömmliche finanzielle und materielle Versorgung zu. Versicherungsfremde Leistungen sind nicht aus der Rentenkasse zu bezahlen. Das Rentensystem muss zukunftsfähig finanziert werden. Unser Sozialsystem muss vor Missbrauch geschützt werden.

7. Finanz- und Steuerpolitik

Die WerteUnion ist für ein einfaches, gerechtes und leistungsfreundliches Steuersystem mit einer Senkung des Einkommensteuertarifs. Die Steuer- und Abgabenbelastung muss deutlich gesenkt und die Unternehmensbesteuerung international wettbewerbsfähig werden. Wir fordern die direkte Beteiligung der Gemeinden an der Einkommens- und Körperschaftsteuer. Staatsverschuldung ist strikt zu begrenzen. Eine Mithaftung für die Schulden anderer EU-Mitgliedstaaten lehnen wir genauso ab wie die Einführung von EU-Steuern. Eine Abschaffung von Bargeld als Teil unserer Freiheit lehnen wir strikt ab, genauso die Einführung eines digitalen EURO als alleiniges Zahlungsmittel.

8. Energie und Umweltpolitik

Wir lehnen eine ideologisch gesteuerte Klimapolitik ab. CO₂ darf nicht besteuert werden. Es ist die Grundlage des Lebens wie wir es kennen, da die Nahrungskette auf CO₂ und dessen Umwandlung basiert. Die WerteUnion wird die sogenannte Energiewende beenden. In Thüringen darf kein einziges neues Windrad gebaut werden. Dem Entzug von Wald und landwirtschaftlichen Flächen für die Errichtung von Energieanlagen treten wir entschieden entgegen. Für bestehende Windräder und Solarparks sind Speicherlösungen zur Effizienzsteigerung zu entwickeln und einzusetzen, sowie Rücklagen für deren Entsorgung zu bilden und nachzuweisen. Solaranlagen sollen ausschließlich auf bereits versiegelten Flächen errichtet werden. Wir setzen uns für einen kostengünstigen,

umweltverträglichen und zuverlässigen Energiemix inkl. der Kernenergie ein. Umweltschutz muss von jeglichem ideologischen Ballast befreit werden. Kreislaufwirtschaft zur Vermeidung von Abfall wird durch uns gefördert.

9. Ernährungssicherheit, Land- und Forstwirtschaft

Die WerteUnion steht bedingungslos hinter der deutschen Landwirtschaft als Grundversorger unserer Bevölkerung. Wir fordern die Anpassung oder Aussetzung von Vorgaben und EU-Regelungen für kleinere und mittlere Betriebe zum Abbau von Wettbewerbsverzerrungen und die Einführung von Bagatellgrenzen für kleinere Betriebe im Verwaltungsvollzug. Die Agrargenossenschaften als regionale Arbeitgeber werden wir fördern. Wir stehen für eine praxisorientierte, ideologiefreie Landwirtschaft mit europaweit einheitlichen Standards. Alle importierten Lebensmittel müssen diese Standards erfüllen. Der Markt für Grundnahrungsmittel ist vor Billigimporten zu schützen. Die Grundversorgung mit Agrarprodukten aus heimischer Produktion ist wieder sicherzustellen. Lebensmittelproduktion muss zu fairen Marktbedingungen stattfinden. Der Einzelhandel wird zu einer Herkunftskennzeichnung der Lebensmittel verpflichtet. Der Schutz von Wildtieren ist auf ein sinnvolles Maß zu begrenzen. Auffällige Wölfe sind umgehend zu entnehmen. Umweltschutz und Landwirtschaft dürfen nicht in Konkurrenz zueinander stehen. Spekulativer Landverkauf von landwirtschaftlichen Nutzflächen ist zu unterbinden.

10. Wissenschaftsfreiheit

Die WerteUnion steht für die Autonomie der Wissenschaft. Sie will die Freiheit in Forschung und Lehre vollumfänglich wieder herstellen und von politischen und ideologischen Abhängigkeiten befreien. Wissenschaftler müssen wieder frei von ökonomischen Vorgaben arbeiten können und dürfen keinen Beeinflussungen seitens der Politik unterliegen. Nur eine ergebnisoffene, freie Forschung ist zu neuen Erkenntnissen und Technologien fähig und wissenschaftliche Lehre braucht neben freien Geistern eine freie Hochschule oder Universität. Vor allem in Naturwissenschaften und angewandten technischen Bereichen braucht Thüringen eine Hoch- und Fachschulreform, mit der Hochschullehrer und Studenten befähigt werden, sich auf den Kern ihrer Arbeit zu konzentrieren.

11. Medizinische Gesundheit, Versorgung und Pflegebedürftige, Corona-Aufarbeitung

Die WerteUnion rückt die Selbstbestimmung, die Eigenverantwortlichkeit und das Wohl der Patienten in den Mittelpunkt. Sie will ein solidarisches Gesundheitssystem mit einer hochwertigen, flächendeckenden Versorgung, ohne Kommerzialisierung der Krankenhäuser und mit einem umfassenden Ausbau der Pflege. Die WerteUnion fordert eine gründliche Aufarbeitung der Corona-Politik, um deren schwere Fehler zukünftig zu verhindern. Sie lehnt eine Impfpflicht und Zwangstherapien sowie die Verträge mit der WHO ab. Wir fordern eine vollständige Amnestie aller Opfer der Corona-Maßnahmen. Dazu gehört die Rücknahme aller Bußgeldbescheide, Strafen und Gerichtsurteile gegen die Maßnahmenkritiker. Ebenso sind all diejenigen, welche aus ihren Berufen gedrängt wurden, weil sie sich der Impfpflicht verweigert hatten, entsprechend zu entschädigen. Wer körperliche Schäden durch die Corona-Impfungen erlitten hat, ist umfassend finanziell zu entschädigen und hat Anspruch auf medizinische Behandlung und entsprechende Reha-Maßnahmen. Die Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ist zu gewährleisten und staatlich zu fördern. Die häusliche Pflege und Versorgung müssen besonders gestärkt werden. Die medizinische Versorgung des ländlichen Raumes muss durch ein Landärzteprogramm entwickelt werden.

12. Schule und Bildung

Gute Schulbildung ist die Grundlage für die Entwicklung einer freien Persönlichkeit und des gesellschaftlichen Wohlergehens. Wir stehen für eine Gleichstellung staatlicher und privater Bildungseinrichtungen sowie für die gezielte Annäherung und Angleichung des Bildungsniveaus zwischen den Bundesländern. Für lernschwache Schüler müssen Förderschulen bereitgestellt werden und die Schulform ist von den Eltern frei zu wählen. Ideologisierte Bildung und die Gendersprache lehnen wir ab. Wir betonen die Förderung der deutschen Sprache und Kultur. Die WerteUnion setzt sich für ein gegliedertes und durchlässiges Schulsystem ein, welches personell, materiell und von der Bausubstanz der Schulen auskömmlich ausgestattet ist.

13. Mobilitätspolitik

Wir wollen den Bürgern die Freiheit für ihre Mobilität zurückgeben. Die marode Infrastruktur muss mit einem Sofortprogramm saniert werden. Eine ideologiegetriebene Beeinflussung der Mobilität von Menschen und Gütern wird es mit uns nicht geben. Wir sprechen uns für uneingeschränkte Technologieoffenheit aus und lehnen ein Verbrenner-verbot ab. Der bisher nicht funktionierende Öffentliche Nahverkehr im ländlichen Raum muss hergestellt werden.

14. Europa- und Außenpolitik

Die WerteUnion gibt nationalen Interessen den Vorrang in der deutschen Außenpolitik. Deutschland muss wieder ehrlicher Makler internationaler Diplomatie und Verständigung werden. Der Rückbau der Zentralisierung und Bürokratisierung der europäischen Union zugunsten einer föderalen Struktur mit einem Europa der Vaterländer ist Schwerpunkt unserer Europapolitik. Wir betrachten Russland als integralen Bestandteil einer europäischen Sicherheitsarchitektur. Die Europäische Union ist als strikt demokratisches Organ auf seine Grundaufgaben zu beschränken und ihre Strukturen sind zu verschlanken. Der Rückbau der Zentralisierung und Bürokratisierung der Europäischen Union zugunsten einer föderalen Struktur mit einem Europa der Vaterländer ist Schwerpunkt unserer Europapolitik.

15. Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, Bundeswehr

Die WerteUnion bekennt sich zur NATO als reines Verteidigungsbündnis der Mitgliedsstaaten. Wir setzen uns für eine angemessene Ausstattung der Bundeswehr ein. Frieden muss stets das Primat in der deutschen Politik haben. Wir fordern Diplomatie anstatt Waffenlieferungen und Kriegstreiberei. Die Thüringer WerteUnion ist für ein verpflichtendes soziales Jahr, welches auch freiwillig als Wehrdienst geleistet werden kann.

16. Digitalisierung

Wir fordern die Entwicklung und den Einsatz einer großmachtunabhängigen Informationstechnologie in Europa. Dabei ist sicherzustellen, dass die Digitalisierung keine negativen Auswirkungen auf Mensch und Natur hat. Um sicherzustellen, dass die Einführung von digitalen Währungen, Identitäten oder staatlichen Kontrollfunktionen nicht von undurchschaubaren Algorithmen und in nicht nachvollziehbaren Gesetzen geregelt werden, ist es dringend notwendig das Haftungsprinzip für die Folgen von politischen Entscheidungen einzuführen. Der freie und unzensurierte Zugang zum Internet muss flächendeckend gesichert sein. Wir lehnen eine Künstliche Intelligenz (KI) ab, die sich verselbstständigt und der menschlichen Kontrolle entzieht.

17. Kommunalpolitik

Die kommunale Selbstverwaltung muss vor Übergriffen von EU, Bund und Land geschützt werden. Am besten lässt sich das durch eine gesetzlich verankerte Haftung der politischen Ebene erreichen, deren Entscheidung negative Folgen für die Kommune verursacht hat. Sämtliche Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis sind gesetzeskonform zu 100% zu vergüten. Kommunen und Landkreise sind durch den kommunalen Finanzausgleich ausreichend zu finanzieren. Die Förderpolitik für kommunale Projekte ist so weit wie möglich von der Zweckbindung zu befreien und den Kommunen die Verwendung der Mittel in eigener Entscheidung zu überlassen.

18. Das politische Mandat

Vom Volk über Wahlen mit Mandaten ausgestattete Politiker üben dieses Mandat temporär in der entsprechenden Legislaturperiode aus. Das damit verbundene Einkommen ist in erster Linie eine Aufwandsentschädigung, nicht ein Gehalt im üblichen Sinne. Politiker müssen daher vor einer Kandidatur Ausbildung und Berufserfahrung nachweisen, um die Bildung einer Berufspolitikerkaste zu vermeiden, und so ein möglichst unabhängiges Handeln der Mandatsträger sicherzustellen. Überdies wirkt eine solche Regelung auch dem verbreiteten Lobbyismus entgegen, da sich Lobbyverbände mit immer wieder wechselnden Mandatsträgern befassen müssen und so weit weniger effizient agieren. Der politische Mandatsträger hat nur einen Souverän, nämlich das Volk.